

### Schwarz-Grün in NRW: Vertrag gute Basis für kommende Jahre

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann hat den von CDU und Grünen nach nur gut dreiwöchigen Verhandlungen vorgelegten Koalitionsvertrag „als gute Basis für die kommenden Jahre“ begrüßt. Der Politiker kündigte seine Zustimmung für den „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ bei der Abstimmung auf dem CDU-Landesparteitag an. „Der erste schwarz-grüne Koalitionsvertrag in NRW ist vielversprechend. Die Koalition bekennt sich zu einer verlässlichen Gemeindefinanzierung. Die vom Bund angekündigte Kraftanstrengung zur Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden muss unmittelbar erfolgen. Für meine Berliner Aufgabengebiete gibt dieser Düsseldorfer Kompass viele gute Impulse. Unsere Heimat bleibt ein Land, in dem man gut, sicher und umweltbewusst leben kann“, so Breilmann.

### CDU/CSU-Fraktion sieht die Zukunft der Ukraine in der EU

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat am Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag die Ziele seiner Regierung bei den anstehenden Gipfeltreffen der EU in Brüssel, der Nato in Madrid und der G7-Staaten im bayerischen Elmau dargelegt und die Unterstützung für die Ukraine angesichts des russischen Angriffskriegs betont. Unionsfraktionschef Friedrich Merz sprach sich klar für eine Zukunft der Ukraine in der EU aus. In den Jahren der Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft müsse die Ukraine schrittweise an die EU herangeführt werden, forderte Merz. Seiner Ansicht nach muss sich auch die EU selbst reformieren, damit sie aufnahmefähig wird. Die Ukraine wie auch die Republik Moldau sollen auf dem bevorstehenden EU-Gipfel den



EU-Zukunft: In den Jahren der Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft müsse die Ukraine schrittweise an die EU herangeführt werden, forderte Unions-Fraktionschef Friedrich Merz am Mittwoch im Bundestag. (Foto: Koch, CDU/CSU)

Kandidatenstatus erhalten. Dies sei „ein wichtiges politisches Signal des europäischen Zusammenhalts“, betonte Merz in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Kanzlers.

In Brüssel wollen die EU-Staats- und Regierungschefs auf Empfehlung der EU-Kommission der Ukraine und der angrenzenden Republik Moldau voraussichtlich den Kandidatenstatus verleihen. Bis beide Länder die Kriterien für die Aufnahme erfüllen, werden allerdings noch Jahre vergehen. Hinsichtlich des NATO-Gipfels in Madrid äußerte Merz die Hoffnung, dass unter den transatlantischen Bündnispartnern Einvernehmen über die Aufnahme der beiden bislang neutralen skandinavischen Staaten Finnland und Schweden erzielt werden könne. Bislang blockiert die Türkei den Beitrittsbeschluss. Hier sei „Eile geboten“, so Merz. Die Union fordert in zwei Anträgen u.a. auf der Grundlage des Bundestagsbeschlusses vom 28. April 2022 die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine in Quantität und Qualität „unverzüglich und spürbar“ zu intensivieren sowie eine EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine und die Republik Moldau. Auch CDU-MdB Michael Breilmann unterstützt eine konsequentere Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkrieg gegen Russlands Invasoren: „Die Nadelstiche Moskaus gegen Litauen bestätigten die Einschätzung der Unionsfraktion, dass Präsident Putin in der Ukraine gestoppt werden muss“.

blockiert die Türkei den Beitrittsbeschluss. Hier sei „Eile geboten“, so Merz. Die Union fordert in zwei Anträgen u.a. auf der Grundlage des Bundestagsbeschlusses vom 28. April 2022 die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine in Quantität und Qualität „unverzüglich und spürbar“ zu intensivieren sowie eine EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine und die Republik Moldau. Auch CDU-MdB Michael Breilmann unterstützt eine konsequentere Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkrieg gegen Russlands Invasoren: „Die Nadelstiche Moskaus gegen Litauen bestätigten die Einschätzung der Unionsfraktion, dass Präsident Putin in der Ukraine gestoppt werden muss“.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

bei der LINKE-Fraktion gibt es jetzt den Trend, bei Wortbeiträgen und Anträgen immer ver-harmlosend von „sogenannten Linksextremisten“ zu sprechen. Der Feind



steht eben rechts, das ideologische Weltbild muss stimmen. Leider fällt ein solches Ansinnen durchaus auf fruchtbaren Boden; so wird von SPD-Politikern die Forderung unterstützt, die wachsende Szene der Querdenker und Demokratiefeinde grundsätzlich als „Rechtsextremisten“ einzuordnen und statistisch „umzuparken“. Dafür gibt es keinen sachlichen Grund: Jeder Extremist sollte nach klaren Kriterien in seiner jeweiligen Datei verortet sein. Diese Einschätzung unserer Sicherheitsbehörden ist richtig. Alles andere würde die effektivste Form von Prävention und Bekämpfung gefährden. Der jüngste Verfassungsschutzbericht hat nüchtern die Gefahren aus allen radikalen Lagern aufgezeigt. Innenministerin Nancy Faeser erweckt weiter den fatalen Eindruck, sie wäre auf einem Auge blind. Dazu befragt, hat sie in einem Interview flapsig angekündigt, sie könne „stunden-lang über Linksextremismus reden, ohne die Rechten zu erwähnen“. Aber das ist das Problem: Im Bundestag hat sie das bisher nicht getan, und reden allein hilft nicht gegen Gefahren. Wir brauchen Taten und einen 360-Grad Blick. Einseitige Weltbilder helfen nicht, wenn es um den Schutz unserer Demokratie und unsere Sicherheit geht.

Ihr

*Michael Breilmann*

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



### Antisemitismus: Ampel muss Konsequenzen ziehen

Das Antisemitismus-Problem der Kasseler Kunstausstellung documenta15 droht nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion auch das Verhältnis zu unserem Freund und Partner Israel zu belasten. Dass zugelassen wurde, offenen Unterstützern der BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanktionen) gegen Israel maßgebliche Entscheidungsgewalt über die Auswahl der Künstler zu geben, habe sich gerächt. Kein jüdischer Künstler aus Israel sei zur Documenta eingeladen, hingegen viele Vertreter aus Ländern, die sich als Feinde Israels verstünden. Die politische Instrumentalisierung dieser weltweit beachteten Kunstausstellung gegen Israel sei absehbar gewesen, so CDU-MdB Michael Breilmann, Unions-Sprecher für Antisemitismus. „Ich halte personelle Konsequenzen im zuständigen Direktorium für zwingend. Auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth darf sich nicht aus der politischen Verantwortung stellen. Es muss lückenlos aufgeklärt werden, wie hierfür beträchtliche Steuergelder zum Einsatz kamen. Zumal auch in den kommenden Monaten die nationale Umsetzung der EU-Antisemitismusstrategie ansteht. Wir werden die Ampel hier an ihren eigenen Maßstäben messen“, so Breilmann.

### Kinder- und Jugendparlament Waltrop im Bundestag



Fachkundige und interessierte Besucherinnen und Besucher aus der Heimat: CDU-MdB Michael Breilmann freute sich am Mittwoch über den Besuch einer 12-köpfigen Delegation des [Kinder- und Jugendparlaments der Stadt Waltrop](#), die auf seine Einladung hin im Rahmen einer Hauptstadtvisite den Bundestag besuchten. Neben dem Besuch einer Plenarsitzung im Reichstag stand eine Diskussion im Paul-Löbe-Haus mit MdB Michael Breilmann im Mittelpunkt, der über seine Arbeit als Parlamentarier berichtete. „Das war ein spannender Austausch, der mir großen Spaß gemacht hat; ich freue mich über so viel Engagement. Danke für Euren Besuch!“, so Breilmann. Ein Besuch in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen sowie eine touristische Schifffahrt auf der Spree rundeten das Berlin-Programm ab. (Bild: privat)

### Hauptstadtvisite: Bürger aus Region im Reichstag



Einmal der Politik aufs Dach steigen: Erstmals nach der Pandemie war das für fünfzig politische interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Recklinghausen, Castrop-Rauxel und Waltrop in Berlin auf Einladung von CDU-MdB Michael Breilmann im Bundestag möglich. Neben dem Besuch auf der imposanten Reichstagskuppel, wo auch das schöne Erinnerungsfoto entstand, standen u.a. Gespräche im Haus der Wannsee-Konferenz und der Gedenkstätte Berliner Mauer auf dem abwechslungsreichen dreitägigen Programm. (Bild: BPA)

### Effektivere Verfolgung von Geldautomatensprengern

Die hohe Zahl an Geldautomatensprengungen in NRW ist nach Einschätzung des BKA auf einen Verdrängungseffekt aus den Niederlanden zurückzuführen. Dort würden diverse Maßnahmen zur Verhinderung von Geldautomatensprengungen umgesetzt. Von dieser Verdrängung seien Regionen an der Grenze aufgrund ihrer Nähe besonders betroffen. Das hat die Bundesregierung CDU-MdB Michael Breilmann auf eine Schriftliche Frage mitgeteilt, in der er angesichts der Taten u.a. in Castrop-Rauxel den Bund um Unterstützung der örtlichen Behörden bei der Bekämpfung der Delikte gebeten hat. Deutschland und die Niederlande stünden in einem engen Austausch, um gezielt gegen Tätergruppen vorzugehen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren. Das Phänomen könne dauerhaft nur durch effektive Präventionsmaßnahmen nachhaltig zurückgedrängt werden. MdB Breilmann: „Ein gezielter und ganzheitlicher Ansatz unter Einbindung und Vernetzung aller Akteure ist erforderlich, um Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung zu minimieren, Straftaten zu verhindern und Straftäter effektiv zu verfolgen“. Auf Anregung von Breilmann wird auch der Innenausschuss

#### Impressum:

Ausgabe Nr. 11 der 20. Wahlperiode  
24. Juni 2022  
Herausgeber:  
Bundestagsbüro M. Breilmann  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-72555  
Email:  
michael.breilmann@bundestag.de  
Redaktion/V.i.S.d.P.:  
M. Breilmann MdB/Harald Häßler/  
M.-L. Rosenberger/R. Hoffmann